

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(48. - öffentliche - Sitzung am 15. April 2020)

Beratungsthemen:

1. **Unterrichtung der Landesregierung zur aktuellen Situation der niedersächsischen Justiz im Kontext der Corona-Pandemie**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

2. **Antrag der Fraktionen von SPD und CDU auf Unterrichtung durch die Landesregierung zu Ermittlungen hinsichtlich Covid-19-Erkrankungen von Bewohnerinnen und Bewohnern in Pflegeeinrichtungen in Niedersachsen**

Der Ausschuss nahm den Unterrichtungsantrag an und nahm die Unterrichtung entgegen.

3. **Entwurf eines Gesetzes zum Dreiundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Änderung des Niedersächsischen Mediengesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/5443

Der Ausschuss beriet über den Gesetzentwurf. Er folgte dem Votum seines Unterausschusses „Medien“ und empfahl dem Landtag, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 2 anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP

Ablehnung: AfD

Enthaltung: -

Berichterstattung (schriftlicher Bericht): Abg. **Volker Meyer** (CDU).

4. **Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Rechts der richterlichen Mitbestimmung und zur Stärkung der Neutralität der Justiz**

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/4394

Der Ausschuss setzte die Gesetzesberatung fort.

5. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Glücksspielgesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/4945

Der Ausschuss begann mit der Mitberatung des Gesetzentwurfes.

6. **Entwurf eines Gesetzes zur Anerkennung weiterer Opfergruppen der Nationalsozialistischen Gewaltherrschaft sowie zur Streichung des Begriffes „Rasse“**

Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/6116

Der - federführende - Ausschuss begann mit der Beratung des Gesetzentwurfes. Er bat die Landesregierung, in der Sitzung am 6. Mai 2020 zu dem Gesetzentwurf Stellung zu nehmen.